

Erhältlich  
mit Anzeigebogen  
der Tage nach den  
Sonntags- und Feiertags-  
tagen. Preis wöchentlich  
1 Sgr. 9 Pf., an Posten 2 Sgr.,  
monatlich 7 Sgr. 3 Pf., mit Posten  
8 Sgr. 6 Pf.

# Volks-Zeitung.

Preis: 25 Sgr.  
6 Pf., m. Posten  
25 Sgr. 6 Pf. —  
D. Abon. Preis  
ist bei allen Post-  
anstalten des Jal.  
25 Sgr.; d. Ausl.  
1 Thlr. 6 Sgr. —  
Inser. d. gewöhnl.  
Preise 2 Sgr.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Nr 269.

Berlin, Dienstag den 17. November.

1857.

## Die Geld-Krisis in Amerika.

Das neueste „preussische Wochenblatt“ enthält einen lehrreichen Artikel über die Krisis der Banken in Amerika, den wir zu einer Darstellung der dortigen Verhältnisse benutzen wollen. Wir werden nur deutlicher sein müssen, weil wir gerade die Hauptursache der Krisis in dem erwähnten Blatte nur sehr flüchtig berührt finden.

In Nord-Amerika und namentlich im Staate New-York bestehen außerordentlich viel Privat-Banken, die das Recht der Noten-Ausgabe haben, das heißt: es giebt dort viele Gesellschaften, von denen jede ebenso Papiergeld fabrizirt und ausgiebt, wie bei uns der Staat, oder die königliche Bank. Natürlich hat jede dieser Banken die Verpflichtung, ihr Papiergeld sofort wieder in baares Geld umzutauschen, sobald es verlangt wird, und so lange sie dieser Verpflichtung nachkommt, zirkulirt auch das Papiergeld so gut wie bei uns die Kassen-Anweisung für baare Münze.

Wenn man nun bei uns von einer Krisis der amerikanischen Banken hört, so glaubt man gemeinhin, daß die Existenz dieser Privat-Banken oder die von ihnen benutzte Ausgabe des Papiergeldes daran Schuld sei, und stellt sich vor, daß die Banken ihr Papiergeld nicht wieder einlösen werden können oder wollen, und somit das Volk, welches das Papiergeld in Händen hat, schwere Verluste erleidet.

Die Sache ist aber nicht so. Das Papiergeld der Banken in New-York ist sicherer als das Papiergeld europäischer Staats-Banken.

Im Staate New-York und in den meisten andern Staaten Nordamerikas darf jede Gesellschaft soviel Papiergeld fabriziren als sie Lust hat; sie muß aber für mehr als den ganzen Betrag des von ihr ausgegebenen Papiergeldes ein Pfand beim Staate hinterlegen, das als Sicherheit für die Wiedereinlösung des Papiergeldes liegen bleibt. Will zum Beispiel eine Gesellschaft eine Million Kassenanweisungen ausgeben, so muß sie in die Staatskasse für mehr als eine Million Staatspapiere, oder für zwei Millionen sichere Hypotheken auf Grundstücke niederlegen; diese Papiere bleiben als Pfand in der Hand des Staates. Sobald nun eine solche Gesellschaft einmal in den Fall kommt, ihr Papiergeld nicht wieder in baares Geld umzuwechseln zu können, so fordert der Staat die Gesellschaft auf, dies binnen vierzehn Tagen zu reguliren, wo nicht, so verkauft der Staat die als Pfand gestellten Papiere oder Grund-

stücke und befriedigt mit dem Ertrage jeden Besitzer des Papiergeldes.

Durch diese Maßregel sind die Inhaber der Banknoten im Publikum vollkommen sicher gestellt, und viel sicherer, als in europäischen Staaten, wo Staatsbanken ohne Sicherheit Papiergeld ausgeben. Es handelt sich in diesem Punkt in Amerika bloß um eine kleine Verzögerung und unbedeutende Verluste, während in Europa öfter die Staatspapiergelder, wie beispielsweise vor einigen Jahren in Oestreich, sehr beträchtlich an Werth verlieren. Die Krisis, von der man aus Amerika berichtet, ist also nicht so zu verstehen, daß das Papiergeld der Privatbanken nicht eingelöst wird, sondern sie liegt auf einem ganz andern Felde, das im Allgemeinen weniger gekannt ist.

Wenn wir dies uns recht deutlich machen wollen, müssen wir uns fragen: welchen Nutzen haben denn die Banken davon, daß sie Papiergeld ausgeben, da sie doch alle Tage gewärtig sein müssen, ihr ausgegebenes Papiergeld wieder einzulösen, und wenn bei ihnen eine Stockung entsteht, noch Gefahr laufen, ihr Pfand zu verlieren, oder Verlust beim Verkauf desselben zu erleiden.

Die Antwort hierauf ist folgende.

Die Banken machen Bankiergeschäfte mit dem Papiergeld, das sie fabriziren, das heißt: sie leihen es an Geschäftsleute aus, kaufen dafür Wechsel u. s. w. und bekommen hierfür Zinsen von ihrem Papiergeld, das ihnen wenig kostet. Außerdem machen sie noch ein Nebengeschäft, das bei uns weniger gangbar ist: das Geschäft der baaren Einlagen, das man Depositen nennt.

In Amerika hat nämlich der Kaufmann sehr ungern baares Geld oder Papiergeld in seinem Hause oder Geschäftslokal, wo es ihm veruntreut, gestohlen oder durch Brandunglück verloren gehen kann. Er legt also sein Geld bei irgend einer solchen Bank nieder. Er erhält dafür dort ein Konto, wo seine Einlage eingetragen ist, und außerdem bekommt er gedruckte Anweisungen, in welchen die Summen nicht ausgefüllt sind. Will nun der Kaufmann irgend etwas bezahlen, so nimmt er statt des Geldes solche Anweisung, füllt die Summe, auf welche er sie ausstellen will, aus, schreibt seinen Namen darunter und giebt sie Dem, der von ihm Geld zu fordern hat. Dieser geht damit an die Bank und holt sich sein Geld dafür, oder er giebt sie wieder als Zahlung einem Andern, wo sie dann später an die Bank zur Einlösung präsentirt wird.

Dieser Zustand hat für die Geschäftswelt große Vortheile. Ein Kaufmann, ein Gerwerbmann, ein Fabrikant

braucht nicht einen Kassirer zu besolden, dem er sein Vermögen anvertrauen muß; er hat auch nicht eine so große Buchführung nöthig; er hält sich nicht viel mit Einkassiren, Auszahlen, Zählen, Wechseln v. d. Herausgeben auf. Er giebt und nimmt Anweisungen genau auf die Summe, welche augenblicklich beim Geschäft gebraucht wird, und vereinfacht sich dasselbe dadurch in einer Weise, die sehr zeiterparend ist. Und Zeit ist Geld, sagt der Engländer, und noch weit mehr der Amerikaner.

Die Banken haben nun dadurch zwar die Mühe, für jeden beliebigen Kaufmann den Kassirer spielen zu müssen, aber sie haben den Vortheil, daß sie die baare Einlage besitzen; und da solide Kaufleute niemals über ihre ganze baare Einlage verfügen, so bleibt in der Kasse der Bank immer eine sehr bedeutende Summe, mit welcher die Bank wiederum Geschäfte macht, wie bei uns der Bankier.

Dies ist die Lichtseite der Sache; nunmehr müssen wir die Schattenseite betrachten, durch welche wir die gegenwärtige Krisis uns deutlich machen können.

Wir werden dies im nächsten Artikel thun.

**Berlin, den 16. November 1857.**

— Zu der von einer französischen Korrespondenz veröffentlichten neuesten türkischen Note gegen die große rumänische Seifenblase bemerkt die „N. Fr. Z.“: „Wir schwärmen gewiß nicht für die Türkei und hätten ein christlich-rumänisches Reich gern gesehen. Aber kann man sich nach all den angezettelten Intriguen wundern, wenn die Pforte so auftritt, wie in dieser Note?“

— Der Senat der Republik Frankfurt hat Frn. Salus Fröbel noch nicht aus der Stadt gejagt, da (wie die „Zeit“ sich ausdrückt) die Krankheit eines Kindes Fröbel's seine sofortige Abreise als eine Maßregel nicht gerechtfertigter Härte hätte erscheinen lassen. Frankfurt ist ruhig und der Bundestagsausschuß für die holsheim-lauenburgische Angelegenheit ist in seinen Arbeiten noch nicht geführt worden.

— Die „S. B. Z.“ schreibt: „Wie uns aus Konstantinopel gemeldet wird, ist der interimistische Geschäftsträger Preußens bei der Pforte, Hr. von Gundlach, dem Beispiele des Herrn von Thonvenel gefolgt und bis zum 7. November — so weit reichen unsere Nachrichten — noch in keine Beziehungen zu Reschid-Pascha getreten.“ (??)

— Von einem hochgestellten Freunde der Herzogthümer soll an hiesiger einflussreicher Stelle eine Denkschrift über die gegenwärtige Lage der Angelegenheit mitgetheilt und mit Interesse entgegen genommen worden sein. — Wie offiziös versichert wird, ist bis jetzt in der holsheimischen Angelegenheit keine Einmischung fremder Mächte durch Anerbieten sogenannter „guter Dienste“ hervorgetreten. Diese wird wahrscheinlich auch so lange unterbleiben, als Preußen und Oesterreich in dieser Frage einig sind.

— Der Prinz-Stellvertreter ist heute nach Berlin übergestellt. Mittwoch oder Donnerstag trifft die Frau Prinzessin hier ein.

— Das Aktiensteuergesetz ist vom Prinzen-Stellvertreter vollzogen worden.

— Von dem Oberpräsidium der Provinz Brandenburg hat die Wahl der zur Vertretung der Stadt Berlin auf dem Provinzial-Landtage für die Wahlperiode vom 3. Oktober d. J. bis zum 3. Oktober 1863 gewählten Abgeordneten: des Stadtkämmerers und Bauaths Cantian, des Stadtverordneten und Bäckermeisters Krebs I. und des Stadtraths Seeger, so wie des zweiten Stellvertreters, des Stadtverordneten und Kaufmanns Fabricius und des dritten Stellvertreters, des Stadtverordneten und Glasermeisters Walther, die Bestätigung erhalten.

— Der Handelsminister hat die 1. Regierungen aufgefordert, die Aktiengesellschaften zu freiwilligen Beiträgen für den Berliner Dombau heranzuziehen.

— Vorgestern ist der Vice-Oberjägermeister v. Bachelbel-Gezag in Stralsund gestorben, wo er sich in den letzten Jahren aufzuhalten pflegte. Derselbe war zuletzt Oberforstmeister im Regierungsbezirk Potsdam und Chef des Jagdhamts.

— Der Zwang zur Uebernahme der Polizei-Anwaltschaft

durch die Inhaber der Polizeigewalt ist bekanntlich durch ein Ministerialreskript vom 17. September c. befestigt; über Grundsätze, welche die königliche Regierung bei der Uebertragung von polizeianwaltlichen Geschäften an private Berechtigte als Grundbetrachtet, sind wir in dem Stande folgende Angaben zu machen: 1) ein Zwang der Inhaber der Polizeigewalt darauf, daß sie selbst oder durch von ihnen zu ernennende Stellvertreter die polizeianwaltlichen Geschäfte für den Kreis ihres Orts resp. Polizeibezirks übernehmen müssen, ist nicht statthaben. Wo die Inhaber der polizeibeherrschenden Gewalt diese Geschäfte freiwillig selbst oder durch Stellvertreter nicht übernehmen wollen, oder wo sie mit der Forderung hervortreten, die bereits übernommenen wieder niederzulegen, ist die Sache wieder in derselben Weise zu ordnen, wie dies vor dem Ministerial-Erlasse vom 15. Sept. vor. J. der Fall gewesen ist. (Ebenso sollen 2) auch die Kosten der Polizeianwälte, auch antheilhaft von den Inhabern der polizei obrigkeitlichen Gewalt zwangsweise nicht beigetrieben werden. Es ist daher jede Aufforderung zur Zahlung derselben und resp. jede Exekution zu diesem Behufe zu unterlassen, oder, wo die Zahlung bereits erfolgt ist und die Restitution verlangt wird, diese zu bewirken. Auch in dieser Beziehung tritt der Zustand wieder ein, wie er vor dem Ministerial-Erlasse vom 15. September v. J. bestanden hat: es bleibt aber, wie vorgebacht, die definitive Bestimmung wegen der Verpflichtung zur Kostentragung vorbehalten. Dagegen soll 3) dahin gewirkt werden, daß die Inhaber der polizei obrigkeitlichen Gewalt freiwillig diese Funktionen übernehmen. 4) Wo eine solche freiwillige Uebernahme erfolgt, wird sie vorausgesetztlich so erfolgen, daß der Inhaber der polizeibeherrschenden Gewalt die Ausübung dieser Funktionen auf seine Kosten übernimmt, und der antheilige Betrag ist daher von der bisher dem Polizeianwalte aus der Staatskasse gewährten Remuneration nach dem Verhältnisse der Seelenzahl in Abgang zu bringen. Trifft diese Voraussetzung nicht zu, so kann überhaupt auf die Sache nicht eingegangen werden. 5) Auch die freiwillige Uebernahme der Funktionen des Polizei-Anwalts darf nur bei denjenigen Inhabern der polizeibeherrschenden Gewalt erstrebt und herbeigeführt werden, bei welchen in Betreff ihrer Qualifikation in keiner Hinsicht ein Zweifel obwaltet.“ — Es werden daher die Berechtigten in nächster Zeit zu erklären haben, ob sie fernerhin die Funktion des Polizei-Anwalts innerhalb ihres Polizeibezirks unter den oben angeführten Voraussetzungen freiwillig zu übernehmen bereit sind.

(S. u. S. 3.)

— Zur Begründung einer wohlthätigen Stiftung zum Andenken an die bevorstehende Vermählung des Prinzen Friedrich Wilhelm ist ein Komitee, bestehend aus den Herren Landes-Oekonomierath und Mitglied des Staatsrathes Dr. Koppe, General-Direktor der königl. Gärten Lenné, Generalsekretär des Landes-Oekonomie-Kollegiums, Landes-Oekonomierath Dr. Häberdorff, wirtl. geh. Kriegsrath Menzel, geh. Oberregierungs-rath v. Stranz, Banquier und Rittergutsbesitzer von Magnus und Landes-Oekonomierath Weihe zusammengetreten, um unter dem Namen „Friedrich-Wilhelm-Viktoria-Stiftung“ durch freiwillige Beiträge der zum landwirthschaftlichen Stande gehörigen Personen ein Kapital zu gründen, dessen Zinsen dazu verwendet werden sollen, junge befähigte, nicht über 22 Jahre alte Landwirthe, die jedoch nicht so viel eigenes Vermögen besitzen, um Reisen zu ihrer Ausbildung in's Ausland, namentlich nach denjenigen Ländern zu unternehmen, in welchen die Landwirthschaft auf einem höheren Blüthepunkt sich befindet, durch Gewährung eines Stipendiums von 500 Thlr. jährlich zu diesem Zwecke zu unterstützen. Außerdem soll die Stiftung durch Vertheilung von Medaillen an solche Landwirthe, welche durch Reisen im Auslande nützliche Kenntnisse erworben und andere Aufmunterungen belebend auf die vaterländische Landwirthschaft einwirken.

— Am nächsten Montag kommt das Mobiliar des verschwundenen Leihamts-Direktors Buch in Folge des Konkurses zur Versteigerung.

— Des niedrigen Wasserstandes ungeachtet gingen im Monat Oktober c. gegen 19,000 Klaftern Torf, über 20,000 Klaftern Brenn- und gegen 13,000 Stück Kug- und Floßholz, so wie mehr denn 9 Millionen Stück Mauer- und Dachsteine zu Wasser hier ein.

— Der Marmorblock für die Ausführung der Rauch'schen



Maschinen, welcher ein Gewicht von 45,000 Pfd. haben soll, ist jetzt von Carrara über Hamburg auf dem Wasserwege hier eingetroffen.

Das bei der kürzlichen Verhandlung vor dem Obertribunal in dem Prozeß wegen Ermordung der Kaiserin Sultowska in Schlesien ausgesprochene Urtheil ist jetzt publizirt. Danach ist die Nichtigkeitsbeschwerde, von dem zum Tode verurtheilten Schichtmeister Franke eingelegt, zurückgewiesen worden.

Die Hollschläger'sche Reitergesellschaft trifft Ende dieser Woche hier ein.

Die Verurlaubung des Hrn. Dessoir ist vorläufig auf ärztliches Zeugniß auf unbestimmte Zeit angeordnet worden, woran sich die Bedingung knüpft, während dieses Urlaubs keine andere Bühne zu betreten. Der definitive Abgang des Herrn Dessoir scheint somit noch nicht entschieden.

Das Repertoire des Hoftheaters für die bevorstehende Woche stellt in Aussicht: im Opernhaus am Mittwoch die Wiederholung der Taubert'schen Oper „Macbeth“, außerdem „Satanella“, — „der Kabi“ und das Ballet „Der Quirote“ — „Lucia von Cammermoor“, — „Sallanda“ — und am Namenstage der Königin „Iphigene in Tauris“ nebst Prolog. Im Schauspielhaus als Novität: „die Journalisten“ in zwei Wiederholungen, außerdem „die Grille“, — „Mazgig“ mit Herrn Genrichs in der Titelrolle, — „Wallensteins Tod“ und am Donnerstag „Turandot“ und Prolog.

Theater am Dienstag den 17. November. Schauspielhaus: Zum 1. Male: Die Journalisten, Lustspiel in 4 Akten von G. Freitag. — Opernhaus: Satanella. — Friedrich-Wilhelmstadt: Ein neuer Timon. Nur keinen Miethskontrakt. — Königsstadt: Ein moderner Don Quirote. Er hat Recht. Ein Ehrenwort. Abtheilung IV., Zimmer V. für Bagatellsachen. — Kroll: Die falsche Pastora. Er muß auf's Land.

Stettin. Dießige Blätter berichten über ein auf einem fränkischen Schiffe dieser Tage vorgekommenes Verbrechen, das auf preussischen Schiffen selten ist. Mehrere Schiffleute jenes Schiffes haben sich einer Meuterei gegen den Kapitän desselben schuldig gemacht und sind dabei sogar zur thätlichen Mißhandlung des Kapitäns geschritten. Die Untersuchung gegen die Schuldigen ist bereits eingeleitet.

Brüssel, 14. November. Die Sprache der Priester-Blätter gegen das „Ministerium des Aufwands“ wird von Tag zu Tag maßloser. Sie schauen sich nicht, selbst die Persönlichkeit des Ministers anzugreifen. Den Mitgliedern der Linken, welche gegen das Wohlthätigkeits-Gesetz gestimmt haben, ist eine auf Subscription angefertigte Erinnerungs- und Dankes-Medaille zu gestellt worden.

\* Paris, 13. November. Die neueste Note der Pforte an die europäischen Mächte hat bereits zu vielfachen Vermuthungen Anlaß gegeben. Sie unterscheidet sich wesentlich von den früheren Noten dadurch, daß sie nicht auf eine prinzipielle und staatsrechtliche Erörterung der Unionsfrage eingeht, sondern nur Auszüge aus den letzten Berichten des Kaimakan's über die Lage der Dinge in den Fürstenthümern giebt. Nach diesen Berichten sähe es ganz entschieden an der unteren Donau aus, die Anarchie und die vollständigste Auflösung aller gesellschaftlichen Ordnung herrschten daselbst. Eine Menge Thatsachen werden zur Ausschmückung dieses Schauerbildes angeführt. Herr Bogorides wird nun wieder an Kredit und Ansehen steigen, und die französischen Journale, welche ihn vor kurzer Zeit als den willkürlichsten und gewaltthätigsten aller Satrapen angegriffen haben, werden ihn demnächst als wahren Patrioten und energischen Helfer der Gesellschaft wieder zu Ehren bringen. Jedenfalls ist diese Note darauf berechnet, gegen die Sache und die Anhänger der Union einen heilsamen Schrecken zu verbreiten, wenn es dessen überhaupt noch bedarf, um dieselbe unumgänglich zu machen. Der Kongreß, der jetzt auf unbestimmte Zeit vertagt ist, wird, wenn er zusammentritt, das Todesurtheil schon ausgefertigt und unterzeichnet in der Tasche mitbringen. — Die Stelle in Lord Palmerston's Rede in Bezug auf die Eventualität eines Angriffs gegen England selbst hat hier einigen Anstoß erregt. Man vergißt, daß der edle Lord beim Nachtsch zu einer Gesellschaft pudding- und champagnerfelliger Aldermen gesprochen und wohl auch selbst ganz in der Saune war, seinem exzentrischen Humor volle Flügel schenken zu

lassen. Palmerston kennt sein englisches Publikum zu gut, um nicht immer durch die richtige Phrase einen Anstoß hervorzubringen. Das war wohl die ganze Absicht jener Aeußerung, die nur für die Notabilitäten der City und nicht für die auswärtige Diplomatie berechnet war. Herr von Bunsen hat die fragliche Aeußerung in einer Unterredung mit dem Lordschatzkanzler berühren zu müssen geglaubt, und dieser soll ihm eine ebenso höfliche als genügende Erklärung über diesen Punkt gegeben haben.

Es wird jetzt in Havre eine neue Dampfacht gebaut, welche für die Meerfahrten des Kaisers und der Kaiserin bestimmt ist. Sie erhält Räder und keine Schraube, und wird 500 Schuß lang. Sie soll ganz nach dem Muster der Yacht „Victoria und Albert“ der englischen Königin gebaut werden, und wahrscheinlich den idyllischen Namen „Eugenie et Napoleon“ bekommen. — Die schon seit längerer Zeit angezeigte Reise des Prinzen Napoleon nach Egypten ist noch nicht ganz sicher. Man spricht von verschiedenen Ursachen, von denen der Antritt dieser Reise abhängig gemacht werden kann. Möglicherweise hat man wieder irgend ein Heirathsprojekt ins Auge gefaßt. — Die englischen Fonds haben in Folge der außerordentlichen Aufhebung der Bankacte, da Niemand einen andern Ausweg mehr sah, sich plötzlich bedeutend gehoben. Die pariser Börse beharrte nichtsdestoweniger in einer ununterbrochenen Schloffheit.

London, 13. November. Die große Neugierde von der zeitweiligen Suspension der Bankacte wurde der Börse nach ihrem regelmäßigen Schluß gestern nach halb 4 Uhr angekündigt; aber erst die zweite Ausgabe des „Globe“ bringt den Brief selbst, den den Bankdirektoren die betreffende Ermächtigung ertheilt. Er lautet: „Downing street, 12. November. — Meine Herren, Ihrer Majestät Regierung hat mit großer Besorgniß die traurigen Folgen bemerkt, die aus den in jüngster Zeit stattgefundenen Fallissements gewisser englischer und schottischer Gesellschaftsbanken sowohl, wie einiger großer Kaufmannshäuser, die zumeist mit Amerika in Geschäftsverbindung standen, hervorgegangen sind. — Der Mißcredit und das Mißtrauen, welche in Folge dieser Ereignisse entstanden, und die Verminderung eines großen Theiles der, durch die bestehenden Bankgesetze autorisirten, Papier-Zirkulationsmittel lassen es Ihrer Majestät Regierung nothwendig erscheinen, die englische Bank in Kenntniß zu setzen, daß, wenn sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht im Stande sein sollte, der Nachfrage um Diskontirungen und Vorschüsse auf unbeauftragete Sicherheiten zu genügen, ohne zugleich die ihr durch die Akten vom Jahre 1844 vorgeschriebenen Grenzen der Notenausgabe zu überschreiten, die Regierung bereit sein wird, dem Parlamente, bei dessen Zusammentritt, eine Indemnitätsbill für jede etwaige Vermehrung der Notenausgabe vorzulegen. — Damit diese zeitweilige Lockerung des Gesetzes nicht weiter ausgedehnt werde, als die gegenwärtigen Verhältnisse thatsächlich erheischen, ist es die Ansicht der Regierung, daß der Bankzinsfuß (10 Prozent) nicht herabgesetzt werden soll. — Ihrer Majestät Regierung behält sich die Verwendung des etwaigen Restes, welcher der über das bisherige Statut erweiterten Notenausgabe erwachsen dürfte, einer späteren Rücksichtnahme vor. — Ihrer Majestät Regierung ist von der Wichtigkeit, den Buchstaben des Gesetzes selbst in Zeiten namhafter merkantiler Schwierigkeiten aufrecht zu erhalten, vollkommen durchdrungen; aber sie glaubt, daß eine Maßregel, wie die eben in Betracht gezogene, zur Beschwichtigung jener Besorgnisse, die den Lauf des Geldverkehrs in Stockung gebracht haben, nothwendig geworden ist, und sie hegt die Zuversicht, daß die Direktoren ihre Operationen klug und umsichtig nach den strengen Gesetzen dessen, was die Lage erfordert, beschränken werden. — Wir haben die Ehre &c. &c.“

An den Gouverneur und Vize-Gouverneur der Bank von England. Palmerston. G. E. Lewis.

Die ganze Presse ist mit dieser Maßregel einverstanden, nur die „Times“ grüßt und schmollt. Ihr ist der Gedanke unerträglich, daß Englands Konstante heutzutage sich von einem blühenden Schrecken hinreißen lassen und die Regierung zu Ausnahmsmaßregeln trieben. Palmerston's Brief ist übrigens in denselben Blättern geschrieben worden, wie jener von Lord John Russell an Sir Charles Wood vom 25. Okt. 1847 datirte.

London, 14. November. Was die heutigen Morgenblätter vorzugsweise beschäftigt, das ist die Stellung Fabelod's in

**Ladnan.** Es ist merkwürdig, wie oft den ersten Inbelschäften die Enttäuschung auf der Ferse nachfolgt. Inbeß sollte man denken, daß die Erfolge des tapfern Feldherrn immerhin groß genug sind. Jedenfalls ist das Krenzerste abgewendet. Wäre Sabelod nur 24 Stunden später eingetroffen, so hätte er wahrscheinlich einen abermaligen Frauen- und Kindermord zu rächen gehabt, und ein Vernichtungskrieg gegen die ganze indische Race wäre entbrannt, welchen weder Canning noch Palmerston so bald zu zügeln vermocht hätte. Um der Europäer wie der Hindus willen, darf man sich aufrichtig freuen, daß dieses Schreckbild, welches Hunderttausenden Wochen lang den Schlaf geraubt hat, nicht in Erfüllung gegangen ist. Wenn es der Besatzung der Residency auch noch an der nöthigen Stärke fehlt, um die ganze Stadt und Umgegend zu beherrschen, so wird sie bis zum Eintreffen der Verstärkungen aus Mirzapur und Kalkutta gewiß jeden Angriff der empörten Horden spielend pariren können. „Daily News“ fürchtet, daß Alle diejenigen, welche Freunde und Verwandte dort haben, sich noch immer nicht der peinigendsten Ahnungen erwehren werden. Ihre Dual müsse um so bitterer sein, als sie einen Augenblick die Gefahr schon ganz geschwunden glaubten. Man dürfe aber nicht undankbar sein und nicht vergessen, wie unendlich die Lage der Besatzung sich gebessert hat. Obgleich sie auf keinen Beistand von Delhi aus rechnen können — denn Wilson's hart mitgenommenes Heer habe genug mit der Stadt und Offenhaltung der Verbindungen mit Mirat und Umballah zu thun — so sei die Hilfe von Mirzapur desto näher. Daß übrigens Aude, nicht Delhi, die Hauptschwierigkeit bilde, werde jetzt wohl der Leichtgläubigste nicht mehr in Abrede stellen. — Die Bank-Direktoren haben der Regierung ihren Entschluß angezeigt, dem von Lord Palmerston gemachten Vorschlage nach zu handeln, und von der ihnen gewordenen Ermächtigung Gebrauch zu machen. — Dem „Globe“ zufolge ist der Zeitpunkt des Parlamentszusammentritts noch nicht bestimmt anzugeben; die „Post“ giebt den 1. oder 2. Dez. als Termin an. — Vor mehreren Wochen hatte der Korrespondent der „Times“ aus Konstantinopel gemeldet, daß die britische Regierung betreffs der Herstellung einer Telegrafen-Verbindung mit Indien in Unterhandlungen mit einer österreichischen Gesellschaft getreten sei. Die „Times“ meldet heute, daß diese zum Abschlusse gelangt sind. Die „österreichischen Behörden“ hätten es übernommen, einen unterseeischen Draht von Ragusa nach Alexandrien zu legen. Die englische Regierung werde ihrerseits einen Draht von Suez nach Ayrachi oder Bombay legen, und verpflichte sich „auf alle Zeiten“ zur Versendung ihrer indischen Depeschen kein anderes Mittelglied als die eben angegebene österreichische Linie zu benutzen. Gegen die „Ewigkeit“ dieses Kontraktes protestirt die „Times“ in sehr entschiedener Sprache. Der „Globe“ erklärt diese Angaben für unrichtig. Noch sei kein Vertrag geschlossen, weil die dazu erforderliche Zustimmung der Türkei bis jetzt noch nicht erfolgte. Ferner habe die Regierung nie daran gedacht sich an den österreichischen Draht allein zu binden, vielmehr ausdrücklich bedungen, daß er über Korfu gehe und daß ihr stets die Wahl zwischen der Korfu-Ragusa und der Korfu-Malta-Cagliari-Linie frei bleibe.

**London, 15. Nov.** Der „Observer“ meldet, daß morgen ein königlicher Geheimrath stattfinden werde zur Abfassung der Proklamation, durch welche das Parlament auf den 3. Dezember einberufen wird. Demselben Blatt zufolge würde die Bank von England wahrscheinlich ihre Noten-Emission vor dem Zusammentritt des Parlaments nicht ausdehnen. (Tel. Dep. v. S. 3.)

**Spanien.** Guell y Rente, der von Narvaez Mißhandelte, hat dem Marschall ein Kartell zugesandt, sowie dieser aus der Regierung schieß. Die Zeugen Guell y Rente's haben den Degen vorgezeigt, Narvaez aber diese Waffe zurückgewiesen, angeblich weil Guell y Rente sich seit seiner Mißhandlung durch Narvaez fortwährend auf dieselbe eingelßt habe.

**Amerika.** Aus den bedeutendsten Fabriksdistrikten kommen fortwährend traurige Berichte über massenhafte Entlassungen von Arbeitern. In New-York selbst waren unter Anderen auch die meisten großen Verleger gezwungen gewesen ihre Zahlungen einzustellen. — Die Stadt Baltimore ist, um den bei den Wahlen

stattgefundenen Uebersen zu feuern, vom Gouverneur A. Dwyer in Belagerungszustand versetzt worden.

**Telegraphische Depeschen.**

**London, Sonnabend, 14. November.** Nach dem letzten erschienenen Bankausweis hat der Metallvorrath seit der letzten Aufmachung vom 4. d. um 1,327,272 Pfd. Sterl., der Notenumlauf um 83,390 Pfd. Sterl. abgenommen.

**Berliner Börse, Montag den 16. November 1857.**

- |   |                                    |
|---|------------------------------------|
| Eisenbahn-Aktien.                       | Ju- und Ausländische Fonds.        |
| Berg-Märk. 80 1/4 B.                    | Pr. Staatsanleihe 21 1/4 B.        |
| Nachn-Nachricht 47 B.                   | Berl. Stadt-Obl. 4 1/2 % 98 1/2 B. |
| Berl.-Hamburg. 112 B.                   | Deut. 5 % Metall. 75 B.            |
| • Pöb-Mgd. 134 1/2 - 56 B.              | • 50 % Nat.-Anl. 77 1/4 B.         |
| • Stettin 122 B.                        | • 250 fl. Pr.-Obl. 101 B.          |
| • Anhalt 130 B.                         | Preuß. und vollst. eingezahlte     |
| Röln-Minden 143 1/2 B.                  | ausländ. Bank-Aktien.              |
| Dr.-Schw.-Frk. alt. 114 - 13 3/4 B.     | Brß. Bank-An.-Gh. 150 1/4 B.       |
| do. do. neue 103 B.                     | S. Hblsg.-A. 81 - 1/4 B.           |
| Oberschl. Litt. A. 137 1/2 B.           | Waar.-Fr.-A. 96 1/4 - 96 B.        |
| do. Litt. B. 129 1/2 B.                 | Dis.-A. 100 1/4 - 3/4 B.           |
| do. Litt. C. 124 3/4 - 5 1/2 B.         | Dr. Bank-Akt. 115 B.               |
| Cos. Odb. (Wsl.) 45 1/2 B.              | Darmst. „ 88 1/2 - 3/4 B.          |
| Rheinische 85 1/2 B.                    | do. Zettel „ 88 1/4 B.             |
| Thüringer 124 1/4 B.                    | Deff.-Kred. „ 53 1/4 - 1/2 B.      |
| Stargard-Posen 95 - 1/2 B.              | Mosb. Land. „ 50 1/2 - 1/4 B.      |
| Magdeb.-Halberst. 200 B.                | Leipz. Kredit „ 63 1/2 - 64 3/4 B. |
| Magdeb.-Wittenb. 33 B.                  | Meininger „ „ 80 B.                |
| Mecklenburger 49 1/4 B.                 | Deut. „ „ 90 - 1/4 B.              |
| Fr.-Wilh.-Nord. 45 1/4 B.               | Thüring. B.-Akt. 80 B.             |
| Düb. Verb. 146 1/4 B.                   | Weimarische „ 104 3/4 B.           |
| Deut. fr. St. E. 168 1/2 - 3/4 - 1/2 B. | Prß. Obl. Ges.-Anth. 89 3/4 B.     |
|   | Schl. Bank-B. Anth. 75 1/4 B.      |

Louisdor 5 Thlr. 14 3/4 Sgr. 1/2 Imperial 5 Thlr. 14 1/2 Sgr  
Getreide: Roggen per Novbr. 38 1/2 B. — Spiritus loco 18 3/4 B. — Rüböl loco 13 1/6 - 1/4 B.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Dunder in Berlin.

**Goldwaaren,** als: Broches, Boutons, Ketten, Ringe u. empfehle in neuest. Mustern zu den bill. Preisen. Für altes Gold u. Silber zahle den höchst. Werth. C. Wieselmoser, Kommandantenstr. 25.

**Gegen Rheumatismus**

empfiehlt Gesundheitsloden auf dem bloßen Körper zu tragen von 22 1/2 Sgr. — ferner durch Gelegenheitsverkäufe höchst reelle und billige Leinenwaaren, als:

Rein Leinen Taschentücher, große, nicht etwa für Kinder, 3 3/4 Sgr., Bettzeug 3 Sgr., Tischtücher, Servietten 3 1/4 Sgr., Handtücher 2 Sgr., Stühle Leinen, 60 Diefelber Ellen enthaltend, von 6, 7, 8, 9 und 10 Thlr., Halbcinen, 30 Diefelber Ellen, 2 1/2 Thlr., Parabend, Regligzeug und Shirting von 2 1/2 Sgr. Bei dieser Gelegenheit können Herren, welche gewöhnt, ein elegantes Oberhemde zu tragen, desgl. von Shirting, oder desgl. mit leinenem Einsatz, auch durchweg von feinem holländisch Leinen, auf Bestellung zu Spottpreisen bekommen, als auch jede

Gattung vorräthig finden, z. B. **Rein leinene Oberhemden** von 1 1/2 Thlr. Man wolle genau die Adresse merken.

**C. Casparn,**

Charlottenstr. 50., Ecke d. Französischen Str.

Rohabfall verkauft billig Bindemuth, Kleine Poststr. 5. Dasselbst kann sich ein Bursche melden.

Aufgezeichnete Kragen, fein Battist, in 150 französischen Mustern, Dgd. 15 Sgr. bei Reimann, Grenadierstr. 38.

Für Zunderfabriken zu verkaufen 700 Stück gebrauchte kupferne Sandis-Potten bei Th. Primm in Köln a. R.

Druck für Dunder & Weibling in Berlin, F. Weibling, Potsdamerstr. 20.